



Detailansicht des Registereintrags

K+S Minerals and Agriculture GmbH

Stand vom 07.11.2025 18:26:20 bis 03.12.2025 14:16:01

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R001664
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	07.11.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	27.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Bertha-von-Suttner-Straße 7 34131 Kassel Deutschland Telefonnummer: +4956193010 E-Mail-Adressen: info@k-plus-s.com Webseiten: www.kpluss.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

490.001 bis 500.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Christian Meyer**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Dr. Carin-Martina Tröltzsch**
Funktion: Geschäftsführerin
3. **Christina Daske**
Funktion: Geschäftsführerin
4. **Dr. Jens Christian Keuthen**
Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (10):

1. **Dr. Stefan Weber**
2. **Dorothee Telaar**
3. **André Bahn**
4. **Stefan Böck**
5. **Dr. Ulrich Scheele**
6. **Gerd Kübler**
7. **Carsten Möller**
8. **Matthias Pfaff**
9. **Martin Ebeling**
10. **Dr. Jürgen Choné**

Mitgliedschaften (2):

1. Verband der Kali- und Salzindustrie e.V., VKS
2. Industrieverband Agrar e.V., IVA

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Fossile Energien; Land- und Forstwirtschaft; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Schienenverkehr; Industriepolitik; Heimische Rohstoffgewinnung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die bundespolitische Interessenvertretung der K+S Minerals and Agriculture GmbH dient dem Zweck, das grundsätzliche Verständnis für die heimische Rohstoffgewinnung von Kali- und Steinsalzen, dessen Wertschöpfung und die volkswirtschaftliche Bedeutung im politischen Umfeld zu fördern. Darüber hinaus soll der transparente Dialog mit der Politik dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens sowie seiner über 10.000 Industriearbeitsplätze in Deutschland zu schützen. Neben der Rohstoff- und Umweltpolitik gehören zu den Interessensfeldern von K+S u.a. die Industrie- und Energiepolitik, die Agrar- und Ernährungspolitik sowie die für börsennotierte Unternehmen / Arbeitgeber relevanten Bereiche der Finanz-, Arbeits- und Sozialpolitik. Hierfür unterhält die K+S ein Hauptstadtbüro in Berlin.

Konkrete Regelungsvorhaben (16)

1. Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen sowie die Förderung der heimischen Rohstoffgewinnung vor dem Hintergrund des BBergG

Beschreibung:

Mit Blick auf die Verabredung im Koalitionsvertrag der 20. Legislaturperiode wirbt K+S dafür, das Bundesberggesetz regulatorisch so anzupassen, dass Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigt werden, der wirtschaftliche Abbau heimischer Rohstoffe weiterhin ermöglicht wird und somit die Abhängigkeiten Deutschlands von ausländischen Rohstoffimporten reduziert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13092 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren von Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung
Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BBergG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509060001 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

2. Zielführende Vereinfachung bei Planung, Bau und Betrieb von Anlagen sowie Rohstoffgewinnungsverfahren mittels des 4. Bürokratieentlastungsgesetzes

Beschreibung:

K+S wirbt dafür, dass Planung, Bau und Betrieb industrieller Anlagen sowie der Ablauf von Rohstoffgewinnungsverfahren bürokratisch vereinfacht werden. Nur so kann die Rohstoffabhängigkeit Deutschlands reduziert und die Resilienz der deutschen Volkswirtschaft gestärkt werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BergG [alle RV hierzu]; VwVfG [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]; BImSchV 9 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2509060002 (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2509060003 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Sicherung der Antragsberechtigung und Durchführung weiterer Gebotsrunden bei der Förderrichtlinie Klimaschutzverträge

Beschreibung:

Das Förderprogramm „Klimaschutzverträge“ soll Industrieunternehmen dabei unterstützen, in klimafreundliche Produktionsanlagen zu investieren, deren Betrieb angesichts hoher Stromkosten in Deutschland andernfalls nicht wirtschaftlich wäre. K+S wirbt dafür, dass weitere Gebotsrunden durchgeführt werden und die Kali-Branche antragsberechtigt ist.

Betroffenes geltendes Recht:

KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509060004 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Wiedereinführung des (Stromsteuer-)Spitzenausgleiches bzw. Beibehaltung der aktuellen Stromsteuer-Absenkung

Beschreibung:

K+S strebt die Wiedereinführung des Spitzenausgleichs bei der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe an bzw. eine Verlängerung der aktuell geltenden Absenkung der Stromsteuer über das Jahr 2025 hinaus.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/9792 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Zweite Beschlussempfehlung und Zweiter Bericht des Haushaltsausschusses - zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 20/8298, 20/8765 - Entwurf eines Haushaltsfinanzierungsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

StromStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509060005 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Einführung einer angemessenen Regelung zum Ende der Abfalleigenschaft im Bereich der mineralischen Ersatzbaustoffe

Beschreibung:

Mit der Abfallende-Verordnung könnten bestimmte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) effektiver im Kreislauf geführt werden. Abfälle könnten vermieden und Ressourcen geschont werden. Die Herstellung sofort einsatzfähiger Recycling-Produkte trägt dazu bei, Transporte zu vermeiden und die Umweltbelastung zu reduzieren.

K+S begrüßt diese Initiative und erhofft sich vereinfachte Verfahren und eine positive Auswirkung auf die Zielwerte zur Verringerung von Abfällen und Energie (Abdeckung der Rückstandshalden).

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]; ErsatzbaustoffV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

6. Angemessene und verhältnismäßige Reform des BBodSchG

Beschreibung:

Es gab eine Ankündigung des BMUV, das BBodSchG zu novellieren (Arbeitsauftrag aus dem Koalitionsvertrag). Dazu wurde im März 2022 ein Eckpunktepapier vorgelegt. Des Weiteren hat das BMUV beim Umweltbundesamt ein Fachgutachten zu Rechtsfragen in Zusammenhang mit einer Novelle des BBodSchG in Auftrag gegeben.

Für K+S (und die Resilienz Deutschlands) ist es wichtig, dass der Rohstoffabbau in Deutschland durch neue Vorgaben und Regelungen nicht unverhältnismäßig stark belastet bzw. verhindert oder unwirtschaftlich gestellt wird.

Betroffenes geltendes Recht:

BBodSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

7. Gleichlauf einsetzbarer Abfälle in der ErsatzbaustoffV und den "TR - Anforderungen an die Verwertung von bergbaufremden Abfällen im Bergbau über Tage"

Beschreibung:

Durch Inkrafttreten der Ersatzbaustoffverordnung am 1. August 2023 ist eine Überprüfung der "Technischen Regeln - Anforderungen an die Verwertung von bergbaufremden Abfällen im Bergbau über Tage" erforderlich. Die Technischen Regeln betreffen u. a. die Abdeckung von Kalihalden.

Für K+S ist es wichtig, dass eine Analogie zur Ersatzbaustoffverordnung bzgl. der einsetzbaren Abfälle hergestellt wird, damit die Rückstandshalden aus dem Kalibergbau aus dem laufenden Betrieb heraus von K+S eigenständig und nachsorgefrei abgedeckt werden können, ohne gesellschaftliche Altlasten zu hinterlassen.

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]; BBodSchV 2023 [alle RV hierzu]; DepV 2009 [alle RV hierzu]; BBergG [alle RV hierzu]; ErsatzbaustoffV [alle RV hierzu]; AbfKlärV 2017 [alle RV hierzu]; BioAbfV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

8. **Implementierung von industriegerechter Planungssicherheit und -beschleunigung im
Verwaltungsverfahrenrecht**

Beschreibung:

K+S strebt zügige, verlässliche und rechtssichere Planungs- und Genehmigungsprozesse auf allen staatlichen Ebenen an sowie effektive Verwaltungsstrukturen, die Investitionssicherheit schaffen und Planungssicherheit ermöglichen. Nur so kann die Rohstoffabhängigkeit Deutschlands reduziert und die Resilienz der deutschen Volkswirtschaft gestärkt werden.

Bundsrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 369/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften (5. VwVfÄndG)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

VwVfG [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2509060006 (PDF - 37 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 07.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

2. SG2509130002 (PDF - 34 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 23.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

9. Berücksichtigung eines Netzanschlussvorhabens im Bundesbedarfsplangesetz

Beschreibung:

K+S setzt sich dafür ein, dass das für die europäische Düngemittelproduktion systemrelevante Werk Werra in Hessen gemeinsam mit weiteren industriellen Großverbrauchern im Werratal im Rahmen eines Gemeinschaftsanschlusses an das Höchstspannungsnetz angeschlossen wird (u.a. Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz). Nur wenn die Energieversorgung des Unternehmens mit ausreichenden Mengen grünen Stroms auch in Zukunft gesichert ist, können die bereits angestoßenen Transformationsbemühungen erfolgreich umgesetzt werden. Dies sichert die langfristige Gewinnung heimischer Rohstoffe und ermöglicht somit, dass die Abhängigkeiten Deutschlands von ausländischen Rohstoffimporten reduziert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BBPlG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Heimische Rohstoffgewinnung

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2509060007 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2509060008 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundesregierung

10. Faire Rahmenbedingungen für den Schienengüterverkehr in Deutschland

Beschreibung:

K+S setzt sich für faire Rahmenbedingungen im Schienengüterverkehr und in diesem Zusammenhang für einen verlässlichen, sicheren und bezahlbaren Transport von Waren mit der Bahn als klimafreundliches Beförderungsmittel ein.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/12400 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: [BMF](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[ERegG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2509060009](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2509070003](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [\[alle SG dorthin\]](#)

11. Industrielle Wertschöpfung in Deutschland halten, Netzentgelte anpassen

Beschreibung:

Angesichts der im internationalen Vergleich hohen Energiepreise in Deutschland und des weltweiten Wettbewerbs energieintensiver Industrien setzt sich K+S für die Reduzierung der Netzentgelte als Bestandteil der Energiekosten ein.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]; StromNEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509060010 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

12. Aufbau eines Regulierungs- und Finanzierungsrahmens für eine Wasserstoffspeicherinfrastruktur**Beschreibung:**

K+S setzt sich dafür ein, dass im Zuge des Aufbaus des Wasserstoffkernnetzes in Deutschland ausreichende Kapazitäten für Wasserstoffspeicher berücksichtigt werden und für deren Aufbau ein passender regulatorischer Rahmen geschaffen wird.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509060011 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

13. Grundgesetzliche Verankerung der Ernährungssicherheit**Beschreibung:**

Vor dem Hintergrund der strategischen und geopolitischen Bedeutung des Landwirtschaftssektors für die Resilienz Deutschlands setzt sich K+S dafür ein, dass die Ernährungssicherheit als staatliches Ziel in das Grundgesetz aufgenommen wird.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2509060012](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

14. **Novelle des Raumordnungsgesetzes unter adäquater Berücksichtigung der heimischen Rohstoffgewinnung**

Beschreibung:

K+S setzt sich im Zuge der Novelle des Gesetzes für die Fortsetzung der heimischen Rohstoffgewinnung und somit für die Stärkung der Resilienz der deutschen Wirtschaft ein.

Bundestags-Drucksachenummer:

[BT-Drs. 20/13091](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung

Zuständiges Ministerium: [BMWSB](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[ROG 2008](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliches Recht [\[alle RV hierzu\]](#); Heimische Rohstoffgewinnung

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2509060013](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

15. **Handelspolitik (international)**

Beschreibung:

K+S setzt sich für faire Wettbewerbsbedingungen im internationalen Kontext ein.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509060014 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

16. Projekte zur Unterstützung von kleinbäuerlicher Landwirtschaft in Afrika

Beschreibung:

K+S setzt sich für eine wirksame Entwicklungspolitik durch die Unterstützung von kleinbäuerlicher Landwirtschaft in Afrika ein.

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509060015 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.07.2025 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (11):

1. **Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Halle (Saale)

Betrag: 470.001 bis 480.000 Euro

Sanierung von Gleis- und Weicheninfrastruktur auf einem Werksgelände (Zuwendung nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zur Stärkung des regionalen Schienengüterverkehrs in Sachsen-Anhalt)

2. **Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Halle (Saale)

Betrag: 260.001 bis 270.000 Euro

Sanierung von Weicheninfrastruktur auf einem Werksgelände (Zuwendung nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zur Stärkung des regionalen Schienengüterverkehrs in Sachsen-Anhalt)

3. **Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 220.001 bis 230.000 Euro

Zuschuss für Maßnahme zur energetischen Optimierung von Anlagen gemäß Bundesförderung für Energieeffizienz in der Wirtschaft (Erneuerung Lüfter Schacht)

4. **Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 960.001 bis 970.000 Euro

Förderung gemäß Richtlinie für die Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft (energetische Optimierung Schwachwetterheizung; Kühlturm)

5. **Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Förderung gemäß Richtlinie für die Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft (Ersatz bzw. Neuanschaffung von Querschnittstechnologie - Speisewasserpumpe)

6. **Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Erstinstallation / Erneuerung von Lüftungsanlagen und Einbau einer energieeffizienten Kälteerzeugung (Förderung aus Mitteln des Energie- und Klimafonds)

7. **Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

Förderung gemäß Richtlinie für die Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft (Ersatz bzw. Neuanschaffung von Querschnittstechnologie - Frequenzumrichter)

8. **Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Förderung gemäß Richtlinie für die Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft (Ersatz bzw. Neuanschaffung von Querschnittstechnologie - Schachtkompressor)

9. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Förderung gemäß Richtlinie für die Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft (Erwerb und Installation von Mess-, Steuer- und Regelungstechnik (MSR) bzw. Energiemanagement-Software)

10. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Erstinstallation / Erneuerung von Lüftungsanlagen (Förderung aus Mitteln des Energie- und Klimafonds)

11. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 450.001 bis 460.000 Euro

Errichtung einer 20kv Kabelverbindung zwecks Weiterleitung von Überschussstrom und Substitution von erdgasbasiertem Strom zwecks Einsparung von CO²-Emissionen (Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft)

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

K_plus_S_Geschaeftsbericht_2024.pdf